

Anzeige



Deutschland
Land der Ideen

In Kooperation mit
Deutsche Bank

365 Orte im Land der Ideen

Jeden Tag eine Erfolgsgeschichte aus Deutschland

Heute:

Kraft-Wärme-Kopplung

Die Initiative „KWK Modellstadt Berlin“ der Berliner Energieagentur setzt sich für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ein.

www.land-der-ideen.de

Medienpartner
WELT

Mehr dazu jede Woche in der Welt am Sonntag

Unternehmen sollen Ingenieure auch in der Krise einstellen

Appell von BDI und BDA zur Fachkräftesicherung

Von Stefan von Borstel

BERLIN – Arbeitgeber und Industrie haben die deutschen Unternehmen aufgerufen, jedem jungen Ingenieur auch in der Krise eine Stelle zu bieten. „BDA und BDI empfehlen, das wichtige Thema Fachkräftesicherung auch in der Krise nicht aus dem Blick zu verlieren und Überbrückungsinstrumente zu prüfen“, heißt es in einem Schreiben von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und BDI-Chef Hans-Peter Keitel an die deutschen Unternehmen.

Zwar sei in der momentan schwierigen wirtschaftlichen Situation der Bedarf der Unternehmen an jungen Ingenieuren eingeschränkt, schreiben die beiden Präsidenten.

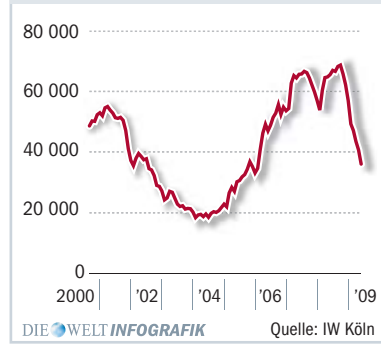
Nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklung werde der Bedarf bei einsetzender wirtschaftlicher Erholung aber noch größer sein als im letzten Konjunkturhoch. „Wir rufen die Unternehmen dazu auf, den Absolventen der MINT-Studiengänge Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik Möglichkeiten zum Berufseinstieg anzubieten“.

Die Unternehmen beklagen seit Jahren einen Fachkräftemangel, in der Krise ist aber auch der Bedarf an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern dramatisch zurückgegangen. Im September lag die sogenannte MINT-Lücke – die Differenz zwischen offenen Stellen und arbeitslos gemeldeten Fachkräften – noch bei 144 000, im Juni 2009 waren es nur noch 61 000. In den kommenden Monaten dürfte die Lücke angesichts der konjunkturellen Lage weiter schrumpfen. Mittelfristig werden aber jedes Jahr rund 100 000 neue Fachkräfte gebraucht, die Hälfte davon allein um diejenigen zu ersetzen, die aus dem Berufsleben ausscheiden.

Die Zahl der Hochschulabsolventen reicht dabei nicht aus, um diesen Bedarf zu decken. Deshalb bemühen sich die Wirtschaftsverbände seit Jahren, mehr junge Leute für die MINT-Fächer zu begeistern. Mit Erfolg: Im Studienjahr 2008/2009 stieg die Zahl der Studenten in den Ingenieurwissenschaften um 10,4 Prozent, die Zahl der Studenten insgesamt aber nur um 7,3 Prozent.

„Gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem wieder mehr junge Menschen ein Studium der Ingenieurwissenschaften begonnen haben, darf durch aktuell schwierigere Beschäftigungsaussichten nicht der Eindruck entstehen, dass sie nicht gebraucht werden“, warnen Hundt und Keitel. Sie verweisen auf die bayerische Metallindustrie. Dort wird jeder Jung-Facharbeiter ohne Job und jeder Ingenieur, der nach seinem Abschluss vier Monate keine Stelle findet, in einer Beschäftigungsgesellschaft angestellt und in einer der 1800 Mitgliedsfirmen eingesetzt.

Ingenieurmangel in Deutschland



MENSCHEN und Märkte

Aus der Klinik in den Knast

Der seit Juni inhaftierte US-Investor **Allen Stanford** ist nach einem vorübergehenden Aufenthalt im Krankenhaus zurück im Gefängnis. Der 59-jährige Milliardär war wegen Herzproblemen am vergangenen Donnerstag ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die Ärzte stellten eine Arterienverengung fest, sein Leben sei aber nicht in Gefahr, hieß es. Jetzt befindet sich Stanford auf der Krankenstation der Haftanstalt im texanischen Houston. Stanford muss sich seit Juni wegen des Verdachts auf Anlagebetrug vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, Anleger durch ein Pyramidensystem um acht Mrd. Dollar betrogen zu haben. Stanford war vor allem in der Karibik und Lateinamerika tätig.



Allen Stanford

Neuer Chef für ST-Ericsson

Der Handy-Chip-Hersteller ST-Ericsson bekommt nach der Aufbauphase einen neuen Chef. **Gilles Delfassy** übernimmt den Job zum November, wie das Gemeinschaftsunternehmen des schwedischen Mobilfunk-Ausrüsters Ericsson und des Halbleiter-Konzerns STMicroelectronics meldete. Delfassy war 28 Jahre lang bei Texas Instruments und hat dort das Geschäft mit Mobilfunk-Chips aufgebaut, bevor er vor zwei Jahren ausstieg, um als Berater für Technologieunternehmen zu arbeiten. Der bisherige ST-Ericsson-Chef **Alain Duthell** wechselt zurück auf seinen alten Posten als Vorstand fürs Tagesgeschäft beim Mutterunternehmen STMicroelectronics.

Die Bauern klagen

Die Getreideernte in Deutschland fällt in diesem Jahr mit knapp 50 Millionen Tonnen deutlich höher aus als erwartet. Nach der trockenen und warmen Witterung im April und Mai „hat uns das sehr überrascht“, sagte der Präsident des Bundesver-

bandes der Agrargewerblichen Wirtschaft, **Bruno Fehse**. Freuen kann er sich aber nicht, selbst gute Ernten bergen schließlich Grund zur Klage: Die Preise lägen weit unter Vorjahresniveau, sagte Fehse. „Die Landwirte kommen wirtschaftlich mit den Erlösen nicht aus.“

Konzernreform in Japan

Japanische Konzerne müssen sich auf eine Neubesetzung ihrer Führungsgremien einstellen. Die neu in die Regierung gewählte Demokratische Partei will per Gesetz vorschreiben, dass die Aufsichtsräte in Zukunft zu einem Drittel mit unabhängigen Mitgliedern besetzt sein müssen, wie **Tsutomu Okubo** sagte, der bei der Partei für Finanzthemen zuständig ist. So soll die Unternehmensführung in Japan verbessert werden, die bei internationalen Vergleichen wegen der geringen Zahl unabhängiger Führungskräfte meist schlecht wegkommt. Allerdings dürfte eine Umsetzung der neuen Regeln noch lange auf sich warten lassen. Der Gesetzesentwurf wird voraussichtlich in drei bis vier Jahren vorgelegt.

Absolution für Banker

Die Staatsanwaltschaft Paris hat vier gegen **François Péro**, den Chef der neuen französischen Großbank Banque Populaire – Caisse d'Épargne, eingereichte Klagen fallengelassen. Péro hatte als Wirtschaftsberater von Präsident **Nicolas Sarkozy** die Fusion der Volksbanken mit den Sparkassen maßgeblich ausgehandelt und war anschließend an die Spitze des fusionierten Finanzinstituts berufen worden. Eine Vereinigung zur Bekämpfung der Korruption, ein Verein französischer Steuerzahler sowie zwei Gewerkschaften hatten gegen seine Ernennung geklagt. Normalerweise muss in Frankreich eine spezielle Kommission den Wechsel eines Spitzenbeamten in ein privatwirtschaftliches Unternehmen absegnen. Weder Péro noch die Regierung hatten sich jedoch an die zuständige Deontologie-Kommission gewandt.



15 Millionen Euro für ein halbes Jahr harter, aber erfolgloser Arbeit: Karl-Gerhard Eick, Ex-Chef des Pleitekonzerns Arcandor, wurde dafür von der Bundeskanzlerin gerüffelt



Seine Abfindung löste eine Debatte aus: Ex-Mannesmann-Chef Klaus Esser (r.)



Proteste gegen Millionen-Boni des schiechen US-Versicherungskonzerns AIG



Ex-Porsche-Chef Wendelin Wiedeking: Verdiente 2007/2008 fast 80 Mio. Euro

Die fetten Jahre sind noch nicht vorbei

Seit Jahren versuchen Politiker weltweit, Exzesse bei Managerbezügen zu verhindern. Mit bescheidenem Erfolg

Von Ileana Grabitz

BERLIN – Nicht einmal die Briten, sonst nicht gerade berühmt für besonders kritischen Umgang mit Managern, ließen sich diesmal lange bitten. Gerade ein paar Tage war es her, dass Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy die Debatte um Managergehälter auf allerhöchster Ebene entfacht und eine internationale Beschränkung von Bonuszahlungen an Banker gefordert hatte, da meldete sich auch der britische Premier Gordon Brown zu Wort und proklamierte, der Stopp exzessiver Boni für Banker habe ganz oben auf der Agenda des G-20-Gipfels in Pittsburgh zu stehen.

Kurz davor hatte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeschaltet. Es sei ärgerlich, dass bei den Banken fast genauso weitergemacht werde wie vor der Finanzkrise. „Wir müssen überlegen, wie wir das einschreiten können“, sagte sie.

Dieser internationale Schulterchluss beim Kampf gegen die teils exorbitant gestiegenen Managerbezüge mag in dieser Form neu sein. Tatsächlich versuchen Politiker unterschiedlichster Couleur seit Jahren, ausufernden Vergütungen in der Wirtschaft einen Riegel vorzuschieben. Experten bestreiten jedoch, dass solche Initiativen der richtige Weg sind, das Problem anzugehen: Seit Jahren werde die Diskussion um einen gerechten Lohn geführt, sagt Josef Wieland vom Konstanzer Institut für Wertemanagement, „aber Gesetze helfen nicht weiter“. Der Staat könne bestenfalls eine Rahmenordnung schaffen, den Rest müsse die Wirtschaft erledigen.

Einig ist man sich bei Kritikern wie bei Befürwortern gesetzlicher Regelungen, dass die Bezüge mancher Vorstandschefs heute Dimensionen erreicht haben, die für den Normalbürger kaum noch vorstellbar sind. Wenn Karl-Gerhard Eick, Vorstandschef des insolventen Handelskonzerns Arcandor, 15 Mio.

Euro für ein halbes Jahr harter, aber am Ende erfolgloser Arbeit bekommt, ist das dem Gros der Bevölkerung schwer zu erklären. Ebenso die Nachricht, dass der krisengeschüttelte US-Versicherungskonzern AIG seinen Topmanagern Boni von mehr als 50 Mio. Dollar zahlen wollte – ihrem offensichtlichen Missmanagement zum Trotz.

Exzesse wie diese treffen den Gerechtigkeitsnerv der Bürger empfindlich, so dass auch Politiker im In- und Ausland immer wieder versucht haben, die Vergütung der Wirtschaftselite stärker zu kontrollieren: Seitdem die Finanzkrise schlaglichtartig viele Fälle von Managementversagen sichtbar machte, wird allerorten eine Beschränkung der Managerboni diskutiert. Schweden etwa verhängte einen Stopp für alle Bonuszahlungen in staatlichen Unternehmen. In Frankreich erklärte Präsident Sarkozy das Thema zur Chefsache; in den USA indes forderte Präsident Barack Obama, Chefgehälter von Firmen, die Staatsgelder beziehen, auf 500 000 Dollar zu begrenzen – eine Provokation in einem Land, in dem Millionen-Gagen im Top-Management lange die Regel waren.

Auch hierzulande ist die Politik nicht untätig geblieben. Bereits seit

2005 sind Vorstände börsennotierter Unternehmen gesetzlich verpflichtet, ihre Bezüge individualisiert zu veröffentlichen. Erst vor wenigen Wochen verschärfte der Bund die Regeln für Managervergütung zusätzlich – nunmehr sollen sich Boni und Gehälter stärker als bislang am langfristigen Erfolg des Unternehmens orientieren.

Das die Gesetze an der Praxis oft wenig ändern, zeigt das Beispiel USA. Schon 1993 hatte der US-Kongress verfügt, dass nur Gehälter bis zu einer Million Dollar für die Unternehmen steuerlich absetzbar wären. Dies führte jedoch nicht dazu, dass sich die Gehälter mäßigten, im Gegenteil: Ein wahrer Exzess bei der Anwendung alternativer Vergütungsinstrumente, etwa Aktienoptionen, war die Folge – was sich einer der Brandbeschleuniger der Finanzkrise entpuppen sollte.

In Deutschland haben alle Appelle des Gesetzgebers wenig geholfen. Joachim Schwalbach zufolge, Wirtschaftsprofessor an der Berliner Humboldt-Universität, hat sich die durchschnittliche Vergütung der Dax-30-Vorstände in den vergangenen zwanzig Jahren sogar fast

versechsfacht. Als besonders alarmierend empfindet der Wissenschaftler dabei, dass sich die Gehaltsentwicklung der Chefs so stark von der der Beschäftigten abgekoppelt hat. So betrugen die Bezüge der Dax-30-Vorstände laut Schwalbachs Berechnungen im Jahr 2008 im Schnitt das 49-fache eines normalen Mitarbeitergehalts, 1997 dagegen sei es nur das 19-fache gewesen. „Da ist doch etwas aus dem Ruder gelaufen“, so Schwalbach.

Dennoch sind sich hiesige Politiker heute weitgehend einig, dass es nicht darum gehen kann, Gehälter gesetzlich zu deckeln. Zum einen, so die Befürchtung, könnte die Begrenzung dazu führen, dass große deutsche Konzerne ihre Vorstände kurzerhand in den Ländern ansiedeln, wo es kein Limit bei der Bezahlung gibt. Zum anderen ist es quasi unmöglich, eine Grenze für einen gerechten Lohn einheitlich zu definieren. Je nach Wachstumspotenzial und -risiken einer Firma kann ein mehrfaches Millionengehalt in dem einen Fall gerechtfertigt sein, in dem anderen nicht.

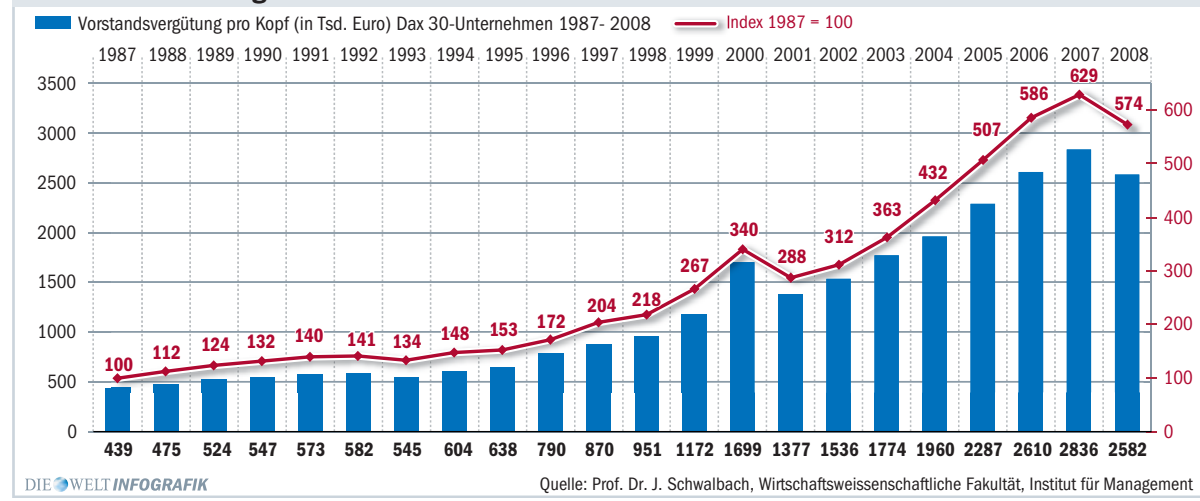
Christian Strenger, Mitglied der Regierungskommission zur guten

Unternehmensführung und Aufsichtsrat bei der größten deutschen Fondsgesellschaft DWS, führt zu dem Wettbewerbsbedenken an: Wer Vorstandsbezüge gesetzlich beschränkt, drohe im Wettbewerb um Talente den Kürzeren zu ziehen. Experten zufolge steht sogar zu befürchten, dass ganze Finanzplätze nach Asien weiterziehen, wenn es für die Manager noch ungemütlicher wird. Die Asiaten hätten ein völlig ungebrochenes Verhältnis zu Reichtum, heißt es.

Kritiker politischer Regelwut führen zudem an, dass die Wirtschaft sich auch beim Reizthema Gehälter in Krisenphasen durchaus selbst sanktioniert. „In der gegenwärtigen Krise sind die variablen Bezüge der nicht staatsgestützten Topbanker doch deutlich zurückgegangen“, sagt Corporate-Governance-Experte Strenger. So musste etwa der oft für sein Multimillionengeld kritisierte Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann hinnehmen, dass sein Gehalt im Krisenjahr um 90 Prozent auf 1,4 Mio. Euro sank. Bei den Vorständen der Deutschen Post entfielen Erfolgstantien komplett. Auch andere Vorstände großer deutscher Konzerne übten Verzicht – für Strenger Beispiele, dass der freie Markt auch bei der Vergütung durchaus funktioniert.

Was die Wirksamkeit des frisch verabschiedeten Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung betrifft, zeigen sich die Experten noch skeptisch: Zwar wird von den meisten begrüßt, dass die Rolle des Aufsichtsrats gestärkt wird bei dem Ziel, die Gehälter der Manager stärker am langfristigen Erfolg des Unternehmens auszurichten. Zeitgleich sei es aber abzusehen, dass auch hier in der Praxis Umwege gefunden würden, um weiter verlässliche, hohe Gehälter durchzusetzen. So fürchten Juristen etwa, dass Manager künftig wieder höhere Festgehälter verhandeln könnten, um einer Kappung der Boni im Misserfallsfall sicher zu entgehen.

Die Vorstandsbezüge haben sich seit 1987 fast versechsfacht



EU-Staaten wollen Bonuszahlungen für Banker begrenzen

Bundesregierung denkt auch über Malus-Reglungen nach – EU will Beitrag für IWF um 50 Milliarden Euro aufstocken

Von Christoph B. Schiltz

BRÜSSEL – Der Finanzbranche droht weitere staatliche Regulierung. Die Mehrheit der EU-Staaten will die Bonuszahlungen im Bankensektor begrenzen. Widerstand kommt allerdings aus Großbritannien, dem Zentrum der europäischen Finanzwirtschaft. „Die Bonus-Kultur muss zu einem Ende kommen, die Banker feiern wie 1999, dabei haben wir schon 2009“, sagte der Vorsitzende der 27 EU-Finanzminister, Anders Borg, bei einem Sondertreffen mit seinen Kollegen in Brüssel. Der deutsche Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen (SPD) kündigte an: „Es wird nicht nur Boni geben, es wird auch Malusregeln geben.“ Eine explizite Forderung nach Gehaltsabzügen sieht die EU aber bisher nicht vor. Die Bonuszahlungen gelten als eine

wesentliche Ursache für die schwere Finanzkrise, weil diese die Finanzmanager dazu verleiten, unüberschaubare Risiken einzugehen. Darum hatten sich Deutschland und Frankreich auf eine staatliche Begrenzung der Bonuszahlungen verständigt. Sie wollen ihre Vorschläge zu einem zentralen Thema beim anstehenden Weltfinanzgipfel in Pittsburgh machen.

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy war bereits in der vergangenen Woche mit seinem nationalen Projekt vorgeprescht, dass Wertpapierhändler heimischer Banken auf einen Teil ihrer erfolgsabhängigen Sonderzahlungen nachträglich verzichten müssen, falls sich übergroße Risiken oder Verluste herausstellen.

„Nicht jedes Land bewegt sich so schnell, wie es könnte“, sagte der niederländische Finanzminister

Wouter Bos. Damit war Großbritannien gemeint. Die Regierung in London hat bislang eine Einigung über eine Regulierung der Bonuszahlungen in der EU verhindert. Das könnte auf dem Pittsburgher

Gipfel der G-20-Staaten Ende September erneut passieren. Der britische Premierminister Gordon Brown hatte am Dienstag erklärt, eine Begrenzung von Bonuszahlungen wäre international schwer

Juncker will mit Brown Tacheles reden

■ Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker warnt davor, die G-20-Beschlüsse zur Finanzkrise nicht resolut zu verwirklichen. „Wir hatten uns in der EU, in der Eurogruppe und unter den G 20 darauf verständigt, dass alle Finanzaktivitäten und -plätze, was und wo auch immer, unter verschärfte Kontrolle gestellt werden müssen“, so Juncker zur WELT. „Wenn wir das nicht umsetzen, werden die Menschen Vertrauen in ihre Regierungen verlieren.“

■ Vor allem Briten und Amerikaner blockierten die Maßnahmen. „Ein ungetrübter Blick auf die Vorgänge der letzten 24 Monate dürfte jeden darüber belehren, dass die Ursachen, die zu dieser Krise geführt haben, beseitigt werden müssen.“ Beim EU-Rat am 17. September – vor dem G-20-Treffen – werde mit den Briten „Tacheles geredet“. **stb**